

#BLM



#METOO

EINE MACHTFRAGE: DIGITALE PLATTFORMEN IN LIBERALEN DEMOKRATIEN



Digitale Plattformen wie YouTube, Instagram, TikTok oder X sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie sind längst in unsere privaten und beruflichen Abläufe integriert und beeinflussen viele Prozesse, wie die politische Willensbildung, in liberalen Demokratien. Doch welche Funktionen übernehmen digitale Plattformen in unseren Demokratien? Wie wirken sich Plattformen, die von Tech-Konzernen organisiert werden, auf die Demokratie aus? Welche Debatten werden über Plattformen und ihren gesellschaftlichen Einfluss geführt und inwiefern gibt es gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten auf die Plattformpolitik? Diesen Fragen geht das Factsheet nach, um das Bewusstsein für Plattformen als politische Akteure zu schärfen.



KURZ ERKLÄRT

- Digitale Plattformen ermöglichen die schnelle Verbreitung von Informationen und sie bieten Räume für Debatten, Partizipation und Vernetzung.
- Dabei haben die Plattformen die oftmals alleinige Kontrolle über den Zugang und die Sichtbarkeit von Nutzer*innen und Informationen.
- Trotz dieser Kontrollmacht sind digitale Plattformen Orte, an denen sich demokratiefeindliche Tendenzen ausbreiten.
- Während die Macht digitaler Plattformen allgegenwärtig ist, zeigen sich zugleich Potenziale gesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten auf ihre Gestaltung.

ZUR ROLLE UND FUNKTION DIGITALER PLATTFORMEN IN LIBERALEN DEMOKRATIEN

Digitale Plattformen erfüllen Funktionen, die das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben maßgeblich prägen. Sie verhelfen zu einer unvergleichlich schnellen Verbreitung von Informationen. Das kann der politischen Transparenz und öffentlichen Informiertheit in einer Demokratie zuträglich sein. Auf digitalen Plattformen werden Räume für Debatten geschaffen, die es Bürger*innen ermöglichen, sich eine Meinung zu bilden und an politischen Diskursen zu partizipieren. Plattformen begünstigen die Bildung von Netzwerken, fördern kollektives Handeln und erleichtern die Organisation von politischen Kampagnen und politischer Mobilisierung. Darüber hinaus fungieren sie mittels Werbemedien und integrierten Marktplätzen als entscheidende ökonomische Schnittstellen für Unternehmen, Kund*innen und Arbeitnehmer*innen.

Diese Funktionen verdeutlichen die zentrale Rolle digitaler Plattformen in liberalen Demokratien und können dazu beitragen, Meinungsfreiheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Teilhabe zu stärken. Sie bergen aber auch Herausforderungen, da digitale Plattformen meist profitorientiert organisiert sind, dass auch demokratiefeindliche Akteur*innen digitale Räume besetzen, sich Desinformationen schnell verbreiten und gesellschaftliche Polarisierung befeuern können.

DIE MACHT DIGITALER PLATTFORMEN

In einer Ära, in der digitale Plattformen einen immer größeren Einfluss auf liberale Demokratien haben, werden gesellschaftliche Debatten über die Macht von Plattformen und ihre Auswirkungen lauter. Da die Mainstream-Plattformen über dominante Marktanteile verfügen, wird diskutiert, dass Monopole entstanden seien, die die Macht der digitalen Plattformen in wenigen privaten Händen konzentrieren. Die Kontrolle über Inhalte und die Möglichkeit der Zensur sind weitere kritische Diskussionspunkte: Digitale Plattformen haben die Macht, die Sichtbarkeit von Inhalten und Akteur*innen zu regulieren. Das wirft Bedenken hinsichtlich der Meinungsfreiheit und Informationsvielfalt auf.

Die Forschung stellt zudem eine technologisch bedingte Tendenz zur Polarisierung auf digitalen Plattformen fest, und die Vielzahl an Desinformationen, die über digitale Plattformen verbreitet werden, stellen liberale Demokratien ebenfalls vor Herausforderungen. Auch die Regulierung digitaler Plattformen ist ein kontroverses Thema, das internationale Zusammenarbeit erfordert. Gesetze wie der Digital Services Act (DSA) versuchen, die Macht digitaler Plattformen in der EU zu regulieren und für mehr Transparenz und Sicherheit im digitalen Raum zu sorgen. Neben Lob für das Gesetz, das im Februar 2024 in Kraft getreten ist, gibt es auch viel Kritik von Verbänden und Expert*innen. Diese Debatten zeigen die Notwendigkeit, digitale Plattformen und ihre Machtpositionen genau zu beobachten.

AMBIVALENZEN IN DER POLITIK DIGITALER PLATTFORMEN

Mit der Rolle digitaler Plattformen geht eine Verantwortung einher, die oft nur bedingt wahrgenommen wird und zu Zielkonflikten aufseiten der Plattformen oder zu Widersprüchen im politischen Verhalten führt.

- Plattformpolitik ist stark von ökonomischen Logiken getrieben, da Plattformen als Geschäftsmodelle fungieren. Dementsprechend haben Plattformen ein Interesse daran, dass ein möglichst breites Spektrum an Akteur*innen Inhalte produziert. Je mehr Nutzer*innen und Inhalte Plattformen an sich binden können, desto profitabler.
- Digitale Plattformen formulieren den Zielkonflikt, eine Balance zwischen Meinungsfreiheit und dem Schutz der Nutzer*innen vor Hatespeech und Desinformationen herstellen zu wollen.
- Plattformbetreiber gehen oft erst auf gesellschaftlichen Druck und mit einem Minimum an möglichen Gegenmaßnahmen gegen Hass und Extremismus vor und ziehen sich darauf zurück, dass sie gesellschaftliche Probleme nicht allein lösen können.



GESELLSCHAFTLICHE EINFLUSSNAHME AUF PLATTFORMPOLITIK

Trotz der Macht digitaler Plattformen in liberalen Demokratien hat die Gesellschaft einen oft unterschätzten Einfluss auf die Plattformpolitik. **Debatten** und Bewegungen wie #MeToo und Black Lives Matter (BLM) haben die öffentliche Wahrnehmung und die Erwartungen an Plattformen verändert. Sie fordern ein stärkeres Vorgehen gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung im digitalen Raum. Auch **Kampagnen** wie „Stop Hate for Profit“ forderte soziale Medien auf, Verantwortung zu übernehmen und Hatespeech und Desinformation nicht zu dulden. Dies führte zu Werbeboykotten und einer verstärkten Diskussion über die Verantwortung der Plattformen.

Die **Forschung** zeigt, dass digitale Plattformen antidemokratische Entwicklungen befeuern können. Derartige Erkenntnisse werden ebenfalls von den Plattformen wahrgenommen. Als Beispiel kann das Deplatforming der rechtsextremen Identitären Bewegung genannt werden, das auf Grundlage einer Studie folgte. Tragische **Ereignisse** wie die islamistischen Terroranschläge in Paris 2015, bei denen 130 Menschen durch koordinierte Angriffe getötet wurden, oder der rechtsextreme Terroranschlag in Christchurch 2019, bei dem ein Attentäter seine Tat live im Internet übertrug, hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die Politik der Plattformen. Die Plattformen verstärkten daraufhin ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen terroristische Inhalte.

Staatliche Behörden wiederum beeinflussen Plattformen durch **Gesetze**, etwa das ehemalige Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) oder auf europäischer Ebene der neue Digital Services Act (DSA), die Plattformen zur Bekämpfung von Hass und Extremismus verpflichten. **Neue Technologien** wie künstliche Intelligenz verändern die Funktionsweise und Politik von Plattformen ebenfalls und eröffnen neue Möglichkeiten, schädliche Inhalte einzuschränken. Fortschritte bei der automatisierten Videoerkennung haben beispielsweise dazu geführt, dass Terrorpropaganda auf Plattformen besser bekämpft werden kann.



AUSBLICK

Die Rolle und der Einfluss digitaler Plattformen in liberalen Demokratien werden weiterhin im Zentrum intensiver Debatten stehen und die Gesellschaft sowie politische Entscheidungsträger*innen vor Herausforderungen stellen. Auf Basis aktueller Trends und Diskussionen lassen sich mehrere Entwicklungen skizzieren. Auch nach dem Inkrafttreten des Digital Services Act wird es weiterhin um eine umfassende Regulierung digitaler Plattformen gehen. Angesichts der globalen Reichweite digitaler Plattformen wird die Notwendigkeit internationaler Kooperation und Koordination nicht nur bei der Regulierung, sondern auch bei der Bekämpfung von Hatespeech, Desinformation und antidemokratischer Agitation bestehen bleiben. Fortschritte in Bereichen wie maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz könnten dazu beitragen, Hassreden, extremistische Inhalte und Desinformation effektiver zu erkennen und einzudämmen. Die Forderung nach mehr Transparenz in Bezug auf politische Entscheidungen und Aktivitäten digitaler Plattformen bleibt jedoch bestehen. Hier könnte der zivilgesellschaftliche und staatliche Druck erhöht werden, sodass Plattformen ihre Algorithmen offenlegen und transparenter über ihre Moderationspraktiken berichten müssen. Auch soziale Bewegungen und Kampagnen können ihre Einflussmöglichkeiten stärker nutzen und eine wichtige Rolle dabei spielen, Plattformen in die Verantwortung zu nehmen und Änderungen in ihrer Plattformpolitik einzufordern.

ZUM WEITERLESEN UND -HÖREN:



NEOVEX-Podcast – Einblicke hinter die Kulissen der Forschungsarbeit



Wissen schafft Demokratie (WsD) Bd. 14 – Schwerpunkt: Netzkulturen und Plattformpolitiken



Factsheet „Ein Dauerbrenner: Rechtsextremismus auf digitalen Plattformen“



WEITERE BEITRÄGE UNTER:
[NEOVEX-PROJEKT.DE](https://neovex-projekt.de)



Förderkennzeichen des BMBF für NEOVEX: 13N16050

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBF dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.



_neovex



Dieses Fact Sheet entstand im Rahmen des Projektes „Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“ (NEOVEX).
Redaktion: Marcel Jaspers, 2024

Tatzendpromenade 2a
07745 Jena
Tel.: 03641 – 27 19 403
mail@idz-jena.de
www.idz-jena.de